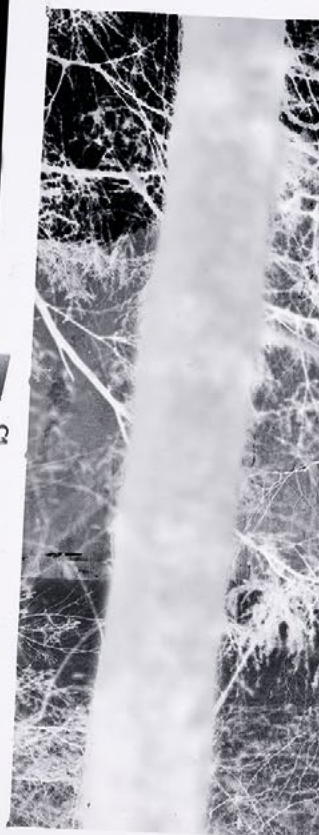




MEMORIES  
OF MEMORIES  
DAS LAGER ORADOUR

TIROLER-LANDESMUSEEN.AT



8.9. – 5.11.2023  
FERDINANDEUM VORPLATZ

8.9. – 29.10.2023  
RABALDERHAUS SCHWAZ

9.9.2023 – 28.1.2024  
MUSEUM DER VÖLKER,  
SCHWAZ

7.10.2023 – 27.1.2024  
KUNSTRAUM SCHWAZ

Foto: Arno Gisinger, Aus der Serie „Travelling“, 2022, © Arno Gisinger

SUBKULTURARCHIV

Legendäre Clubs, abgedrehte Bands und kleine Revolutionen:  
Das Innsbrucker Subkultur-Archiv sucht solche  
Geschichten. Und erzählt davon einmal im Monat im 20er.

TITEL

# Die Sozialgärtnerinnen

DATUM

'99

www.subkulturarchiv.at



„Sozialgemüse“ am Adolf-Pichler-Platz. Die anonymen Sozialgärtner verbitten sich heuer auch gleich das Aufstellen fremder Schilder. Foto: Fischer

## Wahlkampf-Vitamine durch frisches „Sozialgemüse“

1

Armut ist kein Zufall, sondern hat gesellschaftliche Ursachen. Wie gegen Armut vorgegangen wird, hängt aber vom sozialen Verständnis der jeweiligen politischen Weltanschauung ab. Das wird vor allem bei der Diskussion rund um die Mindestsicherung, früher Sozialhilfe, deutlich. Die Gruppe der Sozialgärtnerinnen reagierte einst kreativ auf die Verschärfungen im Tiroler Sozialhilfegesetz.

Am 1. Mai 1999, dem Tag der Arbeit, entstehen am Adolf-Pichler-Platz, im Haydnpark, im Waltherpark und auf einer Grünfläche neben der Endstation der Straßenbahnlinie 1 bei der alten Hungerburgbahn kleine Gemüsebeete für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger. Mitten im Rasen der städtischen Grünanlagen erblühen auf einer

kleinen Fläche plötzlich Salat, Kohlrabi und Petersilie. Zusätzlich befestigen die Aktivistinnen Sackerl mit Radieschen- und Karottensamen. Die Orte sind nicht zufällig gewählt, allesamt sind es Treffpunkte von sozial stigmatisierten Gruppen in Innsbruck.

Auf einem Schild mit dem offiziellen Logo der Stadt steht damals folgende Erklärung: „Hier entsteht ein städtischer Gemüsegarten.“ Daneben findet sich Paragraph 1 des Tiroler Sozialhilfegesetzes und ein Hinweis darauf, dass der gewährte Sozialhilferichtsatz nicht einmal annähernd die gewöhnlichen Bedürfnisse deckt. Daher würden hier Lebensmittel für jene pro-

duziert, die von Armut betroffen sind. Damit die Kosten für die Gemüsegärten besonders gering bleiben, sollen sich die Bürger und Bürgerinnen

„Im Nachhinein habe ich spannend gefunden, dass die paar Salatpflanzen so aufregen können.“

EINE SOZIALGÄRTNERIN

der Stadt an der Pflege der Gärten beteiligen. Jeder könne einen Beitrag durch regelmäßiges Gießen und Jäten leisten. Eine eigens dafür angebrachte Gießkanne macht aufmerksam.

Wer die Sozialgärtnerinnen waren, wurde nicht aufgelöst. Die Gruppe ist nie öffentlich in Erscheinung getreten. Ihre Aktion zielte auf ein falsches Verständnis von Armutsbekämpfung in Form von Almosen ab. Das spiegelte auch die einstige Diskussion um die Richtsätze der Sozialhilfe wider. „Wir sind nie öffentlich nach außen getreten, wir haben die Beete gemacht,“ sagt eine der Sozialgärtnerinnen heute. Für sie waren die emotionalen Reaktionen der Stadt Innsbruck unerwartet ausgefallen: „Im Nachhinein habe ich spannend gefunden, dass die paar Salatpflanzen so aufregen können.“

Das Gartenamt zeigte sich verwundert über die Aktion, der Leiter des Sozialamts Hannes Verdross empfand die Aktion jedoch als persönlichen Angriff. Er meldet sich in der Tiroler Tageszeitung zu Wort: „Die Stadt Innsbruck wird hier angeschüttet, als ob sie für die Sozialhilfe zu wenig tut!“ Ohne zu wissen, wer hinter der Aktion steckte, beschuldigte er schnell „die Sozialvereine“. Noch drastischer sah es Bürgermeister Herwig van Staa. Denn er selbst tue ja alles für die sozial Schwachen, Kranken und Behinderten, aber nichts für die Tachinierer, ließ er in der TT und auf einer „Gegentafel“ am Adolf-Pichler-Platz ausrichten. Sozialamtsleiter Verdross ließ schließlich ein Schild mit den Worten van Staas im Namen der ganzen Stadtregierung aufstellen – und die Innsbruckerinnen und Innsbrucker wissen, welche Summe die Stadt für Soziales ausgibt. Die Tiroler Tageszeitung kommentierte süffisant, wie es dem Bürgermeister „die Tomatenröte des Zornes ins Gesicht trieb“.

Bei Sozialvereinen wie dem DOWAS, der Tee-stube oder z6 Streetwork sorgte das Schild der Stadt wiederum für heftige Kritik. Sie prangerten die sprachliche Entgleisung der Debatte an und dass es der Politik nicht mehr um Armut, sondern um „Sozialschmarotzer“ gehe. Denn eigentlich wollten sie einfordern, dass die Sozialhilferichtsätze den Lebenserhaltungskosten angepasst werden, dann bräuchte es kein Sozialgemüse. Et was gelassener nahm es da Vizebürgermeister Eugen Sprenger (verantwortlich für die Grünan-

**Hier entsteht ein städtischer Gemüsegarten**



*Sozialhilfe ist bei drohender Notlage zu gewähren, wenn der Eintritt der Notlage dadurch abgewendet werden kann. Dies umfasst den Aufwand für die gewöhnlichen Bedürfnisse wie Unterkunft, Nahrung, Bekleidung, Körperpflege sowie den Aufwand für die persönlichen Bedürfnisse. (Sozialhilfegesetz §1)*

Da die Stadt Innsbruck erkannt hat, dass der bis dato gewährte Sozialhilferichtssatz nicht einmal annähernd die gewöhnlichen Bedürfnisse abdeckt, werden hier Lebensmittel produziert. Das hier biologisch angebaute Gemüse steht Sozialhilfeempfängerinnen als ausgelagerter Teil der Sozialhilfe zur Verfügung.

Damit die Kosten für die Gemüseärten besonders gering gehalten werden können, bitten wir die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Innsbruck sich an der Pflege des Sozialgemüses zu beteiligen (regelmäßiges Gießen und Jäten). Damit entlasten Sie das städtische Gartenbauamt.

lagen), der infolge ernsthaft darüber nachdachte, ein paar hundert Quadratmeter im Stadtpark für Sozialgemüse zur Verfügung zu stellen. Der Schilderstreit aber ging mit unterschiedlichen Kommentaren und Positionen so weit, dass die Sozialgärtnerinnen ihrerseits mit einem Hinweis reagieren mussten: „Das Aufstellen weiterer Schilder ist in diesem Zwergenschilderwald verboten.“ Kurz darauf ordnete Vizebürgermeister Sprenger an, sämtliche Schilder zu entfernen, um dem „kindlichen Treiben“ ein Ende zu setzen.

Doch zu Ende ist die Geschichte noch nicht: Im Frühjahr 2000 reaktivierten die Stadtgärtnerinnen die Beete. Diesmal mit einer überparteilichen Erklärung von allen 13 Gemeinderatslisten. Auf dem Schild war zu lesen, dass dem Projekt Sozialgemüse die volle Unterstützung zugesagt werde, außerdem: „Es ist uns wichtig festzuhalten, dass die Pflege des Sozialgemüses Aufgabe des städtischen Gartenbauamtes sein wird. Unterstützung von Seiten der Innsbrucker Bevölkerung ist herzlich willkommen. Wir distanzieren uns jedoch von unterbezahlter Zwangsverpflichtung arbeitsloser Menschen („Bürgergeld“) zur Pflege dieser Beete.“ Weit wichtiger als die blühenden Beete noch: Die Stadt gab bekannt, dass sie erkannt habe, dass der Sozialhilfesatz nicht die gewöhnlichen Bedürfnisse abdecke – daran hat sich bis heute nichts geändert.

MAURICE MUNISCH KUMAR



**Sozialgemüse:  
Stadt stellt  
Gegentafeln auf**

2

3

- 1 Schlagzeile in der Tiroler Tageszeitung im Frühjahr 2000: Das Sozialgemüse bestimmt politische Debatten. © Subkultur Archiv
- 2 Der Hickhack zwischen Stadtvertretern und den Sozialgärtnerinnen wurde medial intensiv begleitet. © Subkultur Archiv
- 3 Oben: Das Schild, das für den initialen Ärger sorgte. Unten: Irgendwann musste Stopp sein. © Subkultur Archiv